

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 9/14**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Hände weg von unserer VHS! Ein für allemal und egal wofür! Mülheim braucht genau diese VHS!

Der Sparkassenverband NRW möchte eine neue Akademie errichten. Viele Städte haben sich beworben, so auch Mülheim und das gleich mit 3 Standorten: Hoffmeister mit dem Kaufhof-Gelände und die Stadt mit einmal dem VHS-Grundstück ("Akademie am Schloss") und mit dem Grundstück des ehemaligen Arbeitsamts in Ruhrbania-Baufeld 4 ("Akademie am Fluss"). Im Hauruck-Verfahren wurde ein Grundsatzbeschluss zur städtischen Bewerbung Anfang Juli durch den Rat gepeitscht und Ende Juli per "Dringlichkeitsbeschluss", unterschrieben von der OB und CDU-Michels, "entschieden"! Mit den "Partnern" MWB+Imoba (Schafstall-Gruppe) und RKW (Ruhrbania-Planer) entwickelte die Stadt für ca. 50.000 Euro die Bewerbungsunterlagen. Erste Irritationen kamen auf, als der Planungsdezernent öffentlich die Kaufhof-Bewerbung als die städtebaulich Sinnvollste bezeichnete. Genau das hatten die MBI bereits im Rat am 3.7. so gesagt, interessierte aber (noch) niemanden, denn SPD, CDU, Grüne, FDP und AfD hatten mit großer Mehrheit die Konkurrenzbewerbung der Stadt auch noch mit 2 Standorten beschlossen, warum auch immer. Mindestens 1 Jahr lang wurde heiß diskutiert, wie das Riesenproblem des leeren Kaufhof beseitigt werden könne und keine Lösung war in Sicht. Dann ergab sich zumindest theoretisch eine Chance, ohne städtisches Geld einsetzen zu müssen, und sofort setzte die Stadt "**das Beste, was wir haben**" (Zitat Mühlenfeld) dagegen. Unfassbar bis hochgradig kontraproduktiv!



Die Absicht aber, die VHS zu schleifen, um das attraktive Grundstück zu vermarkten, ist ein erneuter Großangriff auf lebenswichtige Infrastruktur in einer Großstadt wie Mülheim. Bereits im letzten Jahr gab es den Versuch, die Diskussion darüber zu eröffnen, den VHS-Standort für ein Luxus-Hotel zu opfern. Der mangelnde Bedarf ließ diesen Versuch vorerst verstummen. Die VHS erfüllt zentrale Aufgaben im kulturellen, sozialen und integrationspolitischen Bereich. Es gibt auch kein annähernd gangbares Konzept, wie diese Pflichtaufgaben bei Aufgabe der heute zentralen und gut erreichbaren VHS in einem schönen Gebäude in bester Lage gewährleistet werden könnte.

Weil kein Fachausschuss und keine BV mit der heiklen Frage der VHS-Zukunft vor der Bewerbung befasst worden war, stellten die MBI Anträge zur Bestandsgarantie. Mit Fraktionszwang aber wurde alles weg- oder niedergebügelt! Ein Trauerspiel, denn die große Mehrheit der Bevölkerung will die VHS, wo und wie sie jetzt ist! Für Dienstag, den 23. Sept., haben die MBI eine Veranstaltung mit ausgewiesenen Experten zu VHS und Weiterbildung organisiert.

- Prof. Dr. Brödel von der Uni Münster, zuständig für den Fachbereich Weiterbildung und
- ein Vorstandsmitglied vom VHS-Landesverband

werden die Mülheimer Diskussion, die sich bisher kaum um Sinn und Notwendigkeit von VHS drehte, aus übergeordneter Warte beleuchten und sicherlich versachlichen! **Jede/r Interessierte ist herzlich eingeladen!**

### Zukunft der Volkshochschule in Mülheim

**Bürger und Experten diskutieren**

am 23. September  
um 19 Uhr  
in der VHS



Mülheimer Bürgerinitiativen

**MBI**  
für den Erhalt  
unserer VHS

### Auf den folgenden Seiten:

- Demokratie und Wählerwille in Mülheim am Tiefpunkt, kaum dass die Wahlen vorbei sind?.....S. 2
  - Speldorf: Chancen drohen, wieder verspielt zu werden durch Mauschelei und Intransparenz!.....S. 4
- Einlegeblatt:** Freispruch auch im Berufungsverfahren am Landgericht für MBI-Frau A. Klöveborn!

# Demokratie und Wählerwille in Mülheim am Tiefpunkt, kaum dass die Wahlen vorbei sind?

Am 25. Mai waren Kommunalwahlen nach einem sehr inhaltsleeren Wahlkampf. Außer dem fatalen Hau-ruck-Beschluss zur Bewerbung für die Sparkassen-Akademie mit u.a. mit dem VHS-Gelände (siehe Vorderseite) fand bis Ende August Demokratie in Mülheim irgendwie nicht statt. Die Verwaltung machte und verkündete, die frisch gewählten Volksvertreter aber schwiegen sich aus. Auch alle Versuche der MBI liefen so ins Leere oder wurden von der Stadtspitze abgekanzelt wie zur Fallwerkverlagerung, vgl. S. 4. Die abgetauchte bzw. weggeduckte Demokratie musste dann ab Montag, dem 25.8. ins Sitzungsmarathon und zumindest ansatzweise Farbe bekennen. Doch in welchem katastrophalem Zustand die Mülmsche Demokratie sich befindet, die ja verfassungsgemäß eigentlich den Wählerwillen umsetzen müsste, zeigte sich bereits in der 1. Woche trotz monatelanger Schlafphase: Im folgenden einige Beispiele in Kürze:

## Montag: Bürgerausschuss,

ein neu gebildetes zusätzliches Gremium ohne erkennbare Funktion u.a. mit dem Antrag des Bürgers D. Habig für den Saarner Umweltverein, eine Verlängerung der Ende 2014 auslaufenden Gewässer- und Fischereiverträge auf maximal 1 Jahr, beziehungsweise bis Ende der jetzigen Legislaturperiode des Landtag zu begrenzen. Begründung: Das Umweltministerium bereitet wesentliche Gesetzesänderungen mit aktuelleren Umweltschutzabestimmungen vor.

Der Ordnungsamtsleiter trug vor, man sei gesetzlich gezwungen, 12-Jahresverträge abzuschließen, und zwar jetzt. Der MBI-Vertreter meldete Zweifel an, doch sonst wollte keiner darüber ernsthaft reden, geschweige denn über den Antrag abstimmen.

**Mit anderen Worten: Die Lobby der Fischer, Angler etc. hat sich bereits durchgesetzt und wahrscheinlich sind die langfristigen Verträge längst unterschrieben, bevor aktualisierte verschärfte Umweltauflagen sie beschränken könnten. Da fällt einem der Aeroclub oder der Golfclub in der Rennbahn ein. So lief das in Mülheim bisher und soll es auch weiter ..... Die gewählten Volksvertreter wollen mehrheitlich anscheinend daran nichts ändern und sie tun so, als wäre die Begründung der Verwaltung unumstößlich.**

## Dienstag: Umweltausschuss

u.a. mit 2 MBI-Fragenkatalogen, einmal zur Tötung der Tiere vom Gehege Witthausbusch und dann zum fehlerhaften Verfahren zur dringlichen Rumbachsanieierung, die wegen der Klage des Forum gefährdet ist.

Der Antrag zu den abgeschossenen Tieren wurde einfach von der Tagesordnung gestimmt. **Die Fragen zu der bedenklichen Geschichte, über die sich viele Bürger zu Recht aufregten, bleiben unbeantwortet, Fehler und Peinlichkeiten unbearbeitet! Eine Frechheit!** Zu dem fehlerhaften Verfahren zur Rumbachsanieierung trug der Umweltsamtsleiter vor, so ein Verfahren sei nur verwaltungsintern und alles könnte trotz der Klage des Forum weitergehen wie vorgesehen. Na denn! Wenn also eine Hauptverkehrsachse der Stadt stillgelegt wird, braucht keine Öffentlichkeit beteiligt zu werden, oder? **Nachfragen oder Kritik vom Ausschuss? Fehlanzeige!**



**Tourainer Ring:  
Hochstraße stehenlassen**

**Nicht noch mehr  
Verkehrschao  
und Verschwendung!**

Mülheimer Bürgerinitiativen  
**MBI**

MBI Mülheimer Bürger Initiativen · Kohlenkamp 1 · 45468 Mülheim/Ruhr

**Man glaubt es kaum! Was für eine Art Demokratur ist das denn? Doch egal:** Jedenfalls wurde im nichtöffentlichen Teil der Vergabebeschluss für den 1. Bauabschnitt gefasst, d.h. die Firma bereits bestimmt, obwohl das Einkaufszentrum Forum im Juni Klage einreichte und im Aug. gar noch einen Eilantrag hinterherschob, der aufschiebende Wirkung erreichen soll. Doch die Verwaltung glaubt sich im Recht und nötigt die lammfromme Politik, dem zuzustimmen. Wenn das Forum recht bekommt, hat die Stadt mit der Auftragsvergabe ein Problem zusätzlich am Bein. Doch wen juckt es, ist ja nur das Geld der Bürger, nicht das eigene, von der bedenklichen Baustellen-Planung ganz abgesehen. Darüber, wie das durch den Baustellen-Irrsinn bedrohte Forum am ehesten von dieser Klage hätte abgehalten werden können, redet außer den MBI keine/r.

## **Dienstag außerdem: Wahlprüfungsausschuss**

Die Kommunalwahl vom 25. Mai wurde gegen die MBI für gültig gestimmt und der MBI-Antrag, die Briefwahlunterlagen neu zu zählen, wurde mit großer Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP niedergestimmt. Dabei ist unstrittig, dass nicht wenige Wähler nur 2 Stimmzettel statt 3 erhalten hatten, sowohl für Briefwahl wie im Vorab-Wahlbüro im Rathaus. Von den vielen Beschwerden wurde nur ein Teil untersucht und dann häufig sehr arrogant. **Doch was juckt in Mülheim schon verspieltes Vertrauen der Wähler?**

### **Mittwoch: keine Sitzung, doch die Vorlage "Änderung des**

#### **Bebauungsplans "Bergstraße/Am Schloß Broich - Inn 28" ist gekommen.**

Die BV 3 am 4.9. und der Planungsausschuss am 16.9. sollen eine Überplanung der VHS beschließen, rein präventiv im Vorgriff auf das Ergebnis der Bewerbung um die Sparkassen-Akademie, versteht sich. **Unglaublich, wie Fakten geschaffen werden sollen, damit das VHS-Grundstück vermarktet werden kann, auch wenn die Stadt nicht den Zuschlag für eine Sparkassen-Akademie "am Schloß" bekommen sollte, was bekanntlich nicht gerade unwahrscheinlich ist.**

#### **Donnerstag: 5-stündige Berufung beim Landgericht gegen den Freispruch der MBI-Ratsfrau durch das Amtsgericht wegen angeblicher Beleidigung**

in der Bezirksvertretung vor 2 Jahren im Zusammenhang mit bedenklichen Baumfällungen. Auch wenn das Landgericht den Freispruch bestätigte, war das gesamte Verfahren ein schwerer Angriff auf die Meinungsfreiheit der gewählten Volksvertreter/innen und damit die Demokratie überhaupt! Der Freispruch auf 2 Instanzen wurde nicht mit der Meinungsfreiheit begründet, sondern weil nicht einmal zu klären war, ob der beanstandete Satz überhaupt so gesagt wurde. Selbst wenn, hätte die MBI-Frau niemanden persönlich beleidigt und auch nur gesagt, was in der Bevölkerung ohnehin tagtäglich geäußert wird. Das dürfte dann ein/e gewählte/r Volksvertreter/in aber nicht, ohne Bestrafung zu fürchten. **Was für eine kastrierte Demokratie, wenn Mandatsträger jedes Wort auf die Goldwaage legen müssen!** Von allen anderen "Demokrat/innen" Mülheims war über die mehr als 2 Jahre, seit das absurde Verfahren öffentlich bekannt wurde, keine Silbe zu hören oder lesen. Nach dem erneuten Freispruch wollen die Grünen nun wissen, was das alles gekostet hat und ob die Strafanzeige wirklich nötig war. Ob sie auch nachgefragt hätten, wenn Frau Klövekorn bzw. die MBI die Kosten am Bein hätten? Mehr zum erneuten Freispruch auf dem Einlegeblatt

#### **Donnerstag: Kulturausschuss,**

in dem die Mehrheit den MBI-Antrag für Bestandsgarantie für die bedrohte VHS in den Bildungsausschuss verschob. Erhalt der VHS kein Thema für Kulturpolitiker? Man glaubt es kaum!

#### **Freitag: Gleichstellungsausschuss,**

ein weiteres Gremium ohne erkennbare Funktion als Beschäftigungstherapie und Möglichkeit, ungeliebte Anträge und Anfragen (meist MBI) hin und her zu verschieben. Das 2009 von SPD, Grünen und Linken als Gender-Ausschuss beschlossene Gremium konnte seinen demokratischen Nährwert nie darlegen. Das wurde auch nicht besser durch Umbenennung in Gleichstellungsausschuss und dadurch, dass man dort 5000 Euro verbraten durfte als einzigem Ratsausschuss! Nach den Wahlen 2014 wurde das nutzlose Gremium angereichert mit den Themen Personal, demografischer Faktor und Inklusion. Klingt alles gut, doch werden alle diese Themen bereits in anderen Ausschüssen behandelt. Aus Angst vor einer Mehrheit des Schwachsinn mit SPD, Grünen, Linken und versprengten Linken versuchte die CDU, selbigem Sinn einzuflößen.

#### **Freitag: Eigenmächtige MVG-Klage gegen Denkmalschutz bedroht das Haus der Vereine – "Alte Dreherei"**

Der WAZ war zu entnehmen, dass die MVG Klage eingereicht hat zur Aufhebung des Denkmalschutzes für Halle 5 des denkmalgeschützten Ensembles des ehemaligen Eisenbahn-Ausbesserungswerks Speldorf zwischen Feuerwehr/Hochschule und Ringlokschuppen/MüGa-Gelände. Die MVG möchte die Halle abreißen und einen Neubau errichten. Der für Denkmalschutz zuständige Ausschuss wurde genausowenig beteiligt wie selbst der MVG-Aufsichtsrat.

#### **Samstag: Vorlage für ein neue Dreifach-Sporthalle an der Luisenschule**

für 6 Mio. Euro soll die Luisenschule zur Sportschule NRW werden. 4,8 Mio. Landeszuschuss und 1,2 Mio. Eigenmittel, die der Sportpauschale entnommen werden sollen. Die jährlichen Folgekosten von 418.000 Euro sollen durch Erhöhung der Grundsteuer um 7 Punkte finanziert werden! Noch Fragen?

**Flughafen-Endlos-Diskussion, Kickergate im Rathaus, ungewisse ÖPNV-Zukunft, immer neues unkoordiniertes Baustellenchaos, hundsmiserable Ampelschaltungen uswuswusw.....**

Es läuft nichts rund im Mölmschen Restrathaus unweit des neuen Häfchens bzw. Wasserwanderrastzees!



## Speldorf: Chancen drohen, wieder verspielt zu werden

Als Reaktion auf den WAZ-Artikel vom 16.8. : "MBI fordern - Jetzt Speldorf reparieren", waren am 19.8.14, folgende Meldungen in WAZ: "Jost-Umzug: Mühlenfeld bremsst die MBI - Areal nicht ohne Eigentümer zu planen" bzw. NRZ: "Jost-Umzug: OB setzt auf Frühjahr 2015" zu lesen.

**Zweifelsohne besteht mit der anstehenden Fallwerkverlagerung an der Nahtstelle zwischen Gewerbegebiet Hafen und den Stadtteilen Broich und Speldorf eine Chance für Speldorf, die hoffentlich nicht auch noch vergeigt wird. Der WAZ-Artikel ließ das befürchten, wenn man von der Geheimniskrämerei durch Wirtschafts-"förderer" Schnitzmeier und Betriebe- und Hafenchef Exner im Artikel las. Ähnliches gilt auch, wenn man bedenkt, dass selbst 6 Wochen nach Verschiebung des MBI-Antrags noch keine andere Ratsfraktion auch nur ein Sterbenswörtchen zum Antrag oder zu den Chancen für Speldorf geäußert hat. Welch ein Armutzeugnis! Oder wie die WAZ es im Artikel vom 16.8. so vornehm umschrieb:** " ... während andere Ratsfraktionen noch die Füße stillhalten und von Verantwortungsträgern der Stadt mahnende Worte zu vernehmen sind - nach dem Motto: Jetzt bloß "keine Störfeuer legen".



"Störfeuer" bedeutet anscheinend, dass Bürger oder Politik nicht jemand in die Quere kommen sollen. Aber wem und wobei? Die Bürger sollen gefälligst wortlos schlucken, was ihnen irgendwann als "alternativloses" Ergebnis verkündet wird. Sie sollen anscheinend nur nachher applaudieren oder kurz nach der "Erfolgs"meldung den oder die "Richtige" wählen. Doch genau mit dieser Methode wurden Ergebnisse wie die missratene Verkehrsführung, der Niedergang der Innenstadt inkl. der Kaufhofruine, der Finanzen inkl. der swap-Spekulationen usw. produziert, die alles andere als des Applauses wert sind! Das wird auch dadurch nicht besser, dass eine Ratsmehrheit meist alles abnickte, nicht selten sogar noch nichtöffentlich. **Jedenfalls fühlten OB und Fallwerksbetreiber sich genötigt, auch an die Öffentlichkeit zu gehen. Nur: Was wirklich Sache ist, weiß sonst keiner!!!**

Zur Erinnerung: Kurz nach den Wahlen war den Zeitungen zu entnehmen, das Fallwerk, was 50 Jahre Anwohner, Umwelt und Stadtentwicklung empfindlich störte, belastete und blockierte, werde endlich verlagert, und zwar auf das größere städtische Grundstück Timmerhellstraße am Wasser, wo vorher ein ähnliches Werk war. Angeblich sei das leer gezogene Grundstück zum 1.6. bereits angemietet. Wäre die Meldung zur Fallwerkverlagerung früher der Öffentlichkeit präsentiert worden, hätte das den MBI mehr Stimmen bringen können, doch egal.

**Obwohl die Fallwerkverlagerung eine der großen Geschichten in Mülheim ist, herrscht seither aber Schweigen im Walde. Damit nicht auch in dieser Sache wieder Fakten geschaffen werden, die die städtebaulichen Chancen sowohl für den lange absichtlich oder unbewusst völlig vernachlässigten Stadtteil, als auch für die Hochschule im Aufbau völlig außer acht lassen, haben die MBI Mitte Juli den Antrag gestellt, den alten, wegen dem Fallwerk auf Eis gelegten Bebauungsplan Z 11 wiederzubeleben und mit einer Bürgerversammlung zu starten.** Nur größere Transparenz kann und wird auch in diesem Fall Lösungen bringen, wovon nicht nur einzelne profitieren.

Genau das aber scheint nicht gewollt seitens der Stadtspitze, . "Natürlich" ist das auch vom Fallwerksbetreiber nicht gewollt, der anscheinend für sich das Optimale rausschlagen will. Es ist zu befürchten, dass er mit seinen Advokaten und Spezialisten der "Stadt" vollends überlegen ist, solange alles im Verborgenen bleibt. **Und dann bleibt für Speldorf und die überfällige Reparatur der massiven städtebaulichen Fehlentwicklungen wieder fast nichts.** Dabei ist die Verhandlungsposition der Stadt ausgesprochen gut, denn Jost hat ein großes Interesse an der Verlagerung, weil seine Firma sich eindeutig verbessert. Was aber geschieht mit dem Areal Weseler Straße? Ist das Grundstück Timmerhellstr. bereits an ihn verpachtet und wurde erst danach über die Weseler Str. gesprochen? Das könnte man annehmen bei der Mühlenfeld-Aussage "Areal nicht ohne Eigentümer zu planen". **Doch nichts Genaues weiß man.**

Leider ist auch zur Nutzung des lange brachliegenden Depots die nächste große Chance für Speldorf ungewiss geworden. Auch dabei gilt: Die Öffentlichkeit weiß auch dazu nix Genaues! **Also bereits 5 nach 12 für Speldorf? Doch das scheint auch im Rathaus nicht besonders zu interessieren.**



**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** ●

**Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr**

**Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr**

**Telefon: 0208-3899810**

**Telefax: 0208-3899811**

**M B I**

**e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e**

**h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e**

## **Mülheim und Meinungsfreiheit wie Feuer und Wasser? Freispruch auch im Berufungs- verfahren am Landgericht für MBI-Frau!**

Schon am 26. Februar wurde die MBI-Ratsfrau Annette Klövekorn in der damals bereits 3. öffentliche Verhandlung beim Amtsgericht Mülheim wegen angeblicher Beleidigung in der Sitzung der Bezirksvertretung im Juni 2012 im Zusammenhang mit höchst umstrittenen Baumfällungen an der Gracht freigesprochen.

Am 28.8.14 fand nun die 4. öffentliche Gerichtsverhandlung zu der leidigen bis peinlichen Geschichte statt, dieses Mal als Berufungsverhandlung beim Landgericht Duisburg gegen den Mülheimer Freispruch. Die Verhandlung dauerte wegen der vielen Zeugenbefragungen 5 Stunden und endete mit einem erneuten Freispruch. Die 10 Zeugen wurden intensiv vom Richter und der Staatsanwältin vor- und rückwärts zu allen möglichen Haupt- und Nebensächlichkeiten befragt.



**Die Mülheimer Richterin hatte die MBI-Frau freigesprochen, da nicht einmal zu klären war, ob die angebliche Beleidigung nicht auf einem Missverständnis beruhte. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hatte gegen diesen eigentlich logischen und glasklaren Freispruch der MBI-Frau dennoch Berufung eingelegt, und zwar bereits am 27. Feb., sofort nach dem Mülheimer Freispruch.**

Die StA begründete dies damit, dass einer der städtischen Angestellten eidesstattlich versichert hatte, er habe den Satz „Man weiß doch wie das geht, dann liegt ein Scheinchen im Antrag“ wörtlich so gehört. Dass just dieser Beamte sonst nichts von der Sitzung mitbekommen haben wollte, auch nicht, dass die MBI-Frau bereits in der BV-Sitzung im Juni 2012 unmittelbar Herrn Beisiegel, Referent des zuständigen Dezernenten, geantwortet hatte, dass sie nicht gesagt habe, was er verstanden haben wollte, machte ihn wenig glaubwürdig. **Das Landgericht machte zudem deutlich, dass dem amtsinternen e-mail-Verkehr die Vermutung zu entnehmen sein kann, dass ihm von oben die Formulierung nahe gelegt worden sein konnte, so dass er später diese als Realität empfunden habe.**

Von dem beanstandeten Satz war auch nichts im Protokoll vermerkt, was auch Herr Beisiegel nicht beantragt hatte, der sich in der BV-Sitzung auf den Schlips getreten fühlte und einen Korruptionsvorwurf an die Verwaltung gehört haben wollte, woraufhin Frau Klövekorn richtig gestellt hatte, das habe sie doch nicht gesagt. Was genau sie gesagt haben soll, wusste auch Beisiegel nicht und auch ihm war laut e-mail-Verkehr der beanstandete Satz womöglich eher in den Mund gelegt worden.

Jedenfalls hatte keine/r der anderen vielen Zeugen den Satz, der angeblich eine Straftat beinhaltet, in Erinnerung, noch dass überhaupt ein strafrechtlich relevanter Vorgang in der BV stattgefunden habe.

**Aus all den Gründen heraus konnte  
auch das Landgericht den Freispruch nur bestätigen.**

Ebenfalls unklar ist, wen denn Frau Klövekorn beleidigt und „beschädigt“ haben sollte, wofür sie per Strafbefehl erst zu 750 €+Anwalts-, Gerichts- und Zeugenkosten und im 2. Versuch gar zu 1050 €+NK verurteilt werden sollte. Erst nahmen StA und Amtsgericht Herrn Beisiegel als „Geschädigten“. Weil das sich in der 1. Verhandlung als unzutreffend erwies, weil nicht einmal in der Strafanzeige als solcher angegeben, musste das Verfahren eingestellt werden. Weil die Stadt aber auf ihrer Strafanzeige und Bestrafung der MBI-Frau beharrte, erließ die StA einen neuen Strafbefehl mit einem neuen angeblich Beleidigten

Herrn Weiler, der Frau Klövekorn bis dahin vollständig unbekannt war. Sie hatte, unabhängig welchen Wortlaut sie in der damaligen BV-Sitzung gewählt hatte, ohnehin keine konkreten Personen genannt, noch der Korruption verdächtigt, und schon überhaupt nicht den ihr unbekanntem Herrn Weiler. Ferner hatte sie bereits in der Sitzung richtig gestellt, dass sie überhaupt nicht von Korruption gesprochen hatte.

**Damit wäre für „normale“ Menschen der Vorgang ohnehin abgeschlossen, weshalb auch weder die Protokollantin, noch der Vertreter des Ratsamts, noch alle befragten BV-Vertreter etwas dazu sagen konnten, weil sie das alle als unwesentlich abgehakt und längst vergessen hatten.**

## **Was hat die Mülheimer OB nur geritten, die Strafanzeige gegen Frau Klövekorn zu stellen und sie nach der peinlichen „Panne“ im Mai 2013 nicht unverzüglich zurückzuziehen?**

Nicht so allerdings das Mülheimer Rechtsamt und Frau OB Mühlenfeld. Sie stellten 3 Monate(!) nach der BV-Sitzung Strafanzeige, basierend auf der o.g. eidesstattlichen Versicherung des einen Beamten und den Aussagen des Herrn Beisiegel. Bezeichnend auch, dass der zuständige Dezernent davon nichts wusste. **Es war anscheinend bzw. offensichtlich ein Alleingang der OB, mit Hilfe des Rechtsamts ein weiteres Mal den ungeliebten MBI eins auszuwischen.**

**Nach der höchst peinlichen Einstellung des Verfahrens im 1. Versuch hätte die OB ihre wackelige Strafanzeige zurückziehen können, doch sie weigerte sich. So nahmen die Dinge ihren absurden Lauf mit viel verschwendeter Energie, Zeit, Geld, man- und women-power und wofür?**



Zu den eigentlich wichtigen Fragen des gesamten erneuten Strafprozesses gegen MBI-ler wegen Strafanzeigen der OB (bereits der 3. oder 4. gescheiterte Versuch!) konnten alle 4 Gerichtsverhandlungen gegen Frau Klövekorn nicht einmal vordringen. An erster Stelle die Frage, wo denn Grenzen der Meinungsfreiheit für Volksvertreter überhaupt liegen und ob diese jedes kritische Wort zur Verwaltung auf die Goldwaage legen müssen oder gar immer einen Anwalt zur Seite brauchen. Zum zweiten die Frage, ob denn ein allgemeiner Vorwurf gegen die Stadt bzw. die

Stadtverwaltung überhaupt als Beleidigung gegen eine nicht genannte und gemeinte Person gewertet werden darf, selbst wenn diese, anders als im Falle von Frau Klövekorn, dem/der Kritisierenden bekannt ist. Gegen den erneuten Freispruch für die MBI-Frau kann Revision eingelegt werden. Sollte die StA dies tun, werden beim OLG Düsseldorf diese verfassungsmäßigen Fragen in den Vordergrund rücken. Und dann wird die OB eine ähnlich schallende Ohrfeige ernten wie 2010 beim sog. „Karikaturenstreit auf Mölmsch“ gegen einen anderen MBI-Aktiven.

## **Insgesamt war der erneute Freispruch für Annette Klövekorn zumindest ein kleiner Sieg für die Meinungsfreiheit.**

Natürlich kann und muss man sich fragen, warum es eigentlich wirklich geht bei solch einem absurden Verfahren und ob das krisengeschüttelte Ruhrgebiet keine anderen Probleme hat als Verwaltungsangestellte und gewählte Volksvertreter zum wiederholten Male mit derartig aufgesetzten Repressionsversuchen zu beschäftigen!

Unabhängig davon sollte man bedenken, dass StA und Landgericht Duisburg eigentlich genug zu tun haben müssten, um z.B. endlich mit den Verfahren zur loveparade-Tragödie zu Potte zu kommen. Der Fortgang dabei steht im Gegensatz zu der Beharrlichkeit, mit der die StA die MBI-Frau bisher bestrafen will.

Doch das Strafverfahren gegen die MBI-Frau ist leider kein Einzelfall! Im Gegenteil, man denke nur an den Anwohner des Klöttchen, der einen Strafbefehl über 750€ + 60€ Verfahrensgebühr (Rentnertarif?) bezahlen musste, weil er auf der Bürgerversammlung zum weiteren Ausbau der ohnehin bereits völlig überlasteten kleinen Straße für Durchgangsverkehr die **Mülheimer Verkehrsplaner als Maulkorb ? nein Danke !**

„totale Versager“ bezeichnet hatte (was im Übrigen die große Mehrheit der Mülheimer genauso sieht!).

